

## **FORDERUNGEN FÜR DIE STÄRKUNG DES FLÜCHTLINGSSCHUTZES**

### **Eckpunktepapier zur Bundestagswahl 2017**

Deutschland hat in den Jahren 2015 und 2016 über eine Million schutzsuchende Menschen aufgenommen. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen wurde von der Aufnahme bis zu den vielfältigen Integrationsbemühungen Beachtliches geleistet. Zudem hat Deutschland auf die Not vieler Menschen in den Konfliktregionen reagiert und gehört mittlerweile als drittgrößter Unterstützer von UNHCR-Hilfsprogrammen zu den weltweit größten finanziellen Gebern von humanitärer Hilfe. Dieses Engagement sowohl bei der Aufnahme von Schutzsuchenden als auch durch entscheidende Beiträge zur Unterstützung von Flüchtlingen außerhalb Deutschlands verdient Anerkennung.

Angesichts der globalen Herausforderungen, die Flucht und Vertreibung an die Staatengemeinschaft stellen, ist eine mutige Vorreiterrolle Deutschlands bei deren Bewältigung unverzichtbar. Das Thema Flüchtlingsschutz ist in Deutschland politisch und gesellschaftlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Vor der anstehenden Bundestagswahl und der Erarbeitung der Wahlprogramme möchte sich UNHCR deshalb mit den folgenden Eckpunkten an alle demokratischen Parteien wenden, um auf einige zentrale Herausforderungen hinzuweisen, die entscheiden werden, wie sich Flüchtlingsschutz in Zukunft in Deutschland und darüber hinaus gestalten wird.

#### **1. OFFENHEIT GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN BEWAHREN**

---

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich auf beeindruckende Weise bei der Aufnahme von Schutzsuchenden engagiert und setzen dies vielfach bis heute fort. Die lebendige Zivilgesellschaft hat entscheidend dazu beigetragen, die Herausforderungen zu meistern, die durch die Ankunft einer großen Zahl von Menschen innerhalb eines kurzen Zeitraums entstanden waren. Gleichzeitig machen sich viele Menschen Sorgen darüber, ob und wie das Miteinander ohne gesellschaftliche Verwerfungen gestaltet werden kann. Darüber hinaus wird das Flüchtlingsthema von manchen im Rahmen der Debatte um die nationale Sicherheit diskutiert.

In dieser Situation gilt es, die Offenheit der Gesellschaft für die Aufnahme von Flüchtlingen zu bewahren. Die Parteien haben hier in ihren Wahlkampagnen eine besondere Verantwortung und können aktiv zu einem rationalen Umgang beitragen. Aus Sicht von UNHCR sollte im Wahlkampf immer wieder das Verständnis für die Situation von Flüchtlingen und ihre Beweggründe, in Deutschland Schutz zu suchen, geweckt und betont werden. Das Flüchtlingsthema steht im politischen und öffentlichen Fokus. Wer vor Krieg, Terror, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen aus seiner Heimat flieht, braucht Schutz und Stabilität. Daher dürfen die politischen Debatten nicht auf dem Rücken von Flüchtlingen ausgetragen werden. Das würde fremdenfeindliche Tendenzen verstärken, die vielmehr entschiedenes Handeln von Staat und Zivilgesellschaft erfordern.

#### **2. POSITIVE INTEGRATIONSKULTUR WEITERENTWICKELN**

---

Die erfolgreiche Integration einer großen Zahl neu in Deutschland angekommener Menschen ist sowohl für die Aufnahmegesellschaft als auch für die angekommenen Flüchtlinge ein herausfordernder Prozess, der ein gewisses Maß an Flexibilität und Anpassungsbereitschaft auf Seiten der Aufnahmegemeinschaft wie auf Seiten der Flüchtlinge erfordert. Um diesen Prozess zu erleichtern, sollten die schutzbedürftigen Menschen an dessen Gestaltung teilhaben können. Wenn diese Partizipation in

gegenseitigem Respekt und in Anerkennung grundlegender Werte geschieht, die das Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft prägen, ist das die beste Voraussetzung für eine gelingende Integration, von der alle profitieren. Erfolg von Integration darf sich nicht nur an ökonomischen Maßstäben orientieren. Neben der wirtschaftlichen Integration durch Arbeit und Ausbildung sollte aus Sicht von UNHCR vermehrt die soziale Integration in den Fokus der Politikgestaltung rücken. Es ist daher wichtig, gezielt Initiativen der Zivilgesellschaft zu stärken, die den wechselseitigen Charakter der Integration fördern und die stärkere Partizipation von Flüchtlingen ermöglichen.

### **3. ZENTRALE ROLLE IM INTERNATIONALEN FLÜCHTLINGSSCHUTZ WAHRNEHMEN**

---

In den vergangenen beiden Jahren haben die Bilder von Menschen, die in seeuntüchtigen Booten das Mittelmeer zu überqueren versuchen oder in großen Gruppen über den westlichen Balkan ziehen, die öffentliche Wahrnehmung in Deutschland und Europa dominiert. Nach wie vor gilt aber, dass nur wenige Staaten, darunter viele wirtschaftlich schwache, den Großteil der Verantwortung im Flüchtlingsschutz tragen. So sind 90 Prozent der Flüchtlinge weltweit von Ländern mit mittleren oder niedrigen volkswirtschaftlichen Einkommen aufgenommen worden. Der größte Teil der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, ist gar innerhalb des eigenen Heimatlandes entwurzelt.

Der Schutz von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen darf jedoch nicht einigen wenigen Staaten überlassen bleiben, sondern erfordert gemeinsame Anstrengungen. Aus diesem Grund hat sich die internationale Staatengemeinschaft im September 2016 mit der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten dazu bekannt, die Verantwortung für den Schutz dieser Menschen international fairer zu verteilen. Hierzu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen auf internationaler Ebene unter aktiver deutscher Beteiligung, um die Zusammenarbeit und Verantwortungsteilung bei der Bewältigung von Flüchtlingskrisen zu verbessern. Dazu gehört insbesondere auch eine nachhaltige, finanzielle Unterstützung von Aufnahmeländern und Aufnahmegemeinschaften, die über die bessere Finanzierung bedarfsgerechter humanitärer Hilfe hinausgeht.

### **4. SICHERE UND LEGALE WEGE ZUM SCHUTZ IN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEUTSCHLAND AUSBAUEN**

---

Faire Verantwortungsteilung und Solidarität mit den Aufnahmestaaten bedeutet für Deutschland und die Europäische Union auch, eine angemessene Zahl schutzbedürftiger Menschen durch Resettlement und humanitäre Programme aufzunehmen. 360.000 Menschen haben im vergangenen Jahr den gefährlichen Weg über das Mittelmeer gewagt, um Schutz in Europa zu suchen. Das kleine Uganda hat im gleichen Zeitraum etwa eine halbe Million Flüchtlinge aus dem Südsudan aufgenommen. Nach wie vor befinden sich knapp fünf Millionen syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens.

Angesichts dieser Zahlen ist die aktive und organisierte Aufnahme von Flüchtlingen Teil der Verantwortung, die aus Sicht von UNHCR von mehr Aufnahmeländern übernommen werden sollte. Deutschland hat in den vergangenen Jahren im Rahmen verschiedener Aufnahmeprogramme insgesamt mehr als 45.000 syrischen Flüchtlingen die sichere und legale Einreise ermöglicht und ihnen Schutz gewährt. Angesichts weltweit weiterhin hoher Flüchtlingszahlen sollten diese Programme in jedem Falle fortgeführt, ausgeweitet und durch weitere Initiativen – beispielsweise privat finanzierte Aufnahmeprogramme – ergänzt werden.

## **5. DIE FAMILIENEINHEIT FÜR ALLE SCHUTZBEDÜRFTIGEN PERSONEN ZÜGIG ERMÖGLICHEN**

UNHCR hat stets die zentrale Rolle der Familieneinheit für den Flüchtlingsschutz betont. Enge Familienangehörige, die sich noch in Konfliktgebieten aufhalten, sind häufig in gleicher Weise von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen bedroht wie ihre bereits in Deutschland angekommenen Familienmitglieder. Zudem wird der Integrationsprozess von Flüchtlingen und Personen mit subsidiärem Schutz in besonderem Maß verzögert, wenn sie auf lange Zeit um das Wohl von Ehepartnern, Kindern und anderen Familienangehörigen im Heimatland oder auf der Flucht fürchten müssen. Schließlich gilt es zu bedenken, dass ohne praktikable, legale Nachzugsmöglichkeiten Menschen weiterhin gefährliche und irreguläre Fluchtwege in Kauf nehmen werden, um zu ihren Angehörigen nach Deutschland zu gelangen.

UNHCR empfiehlt deshalb dringend, die derzeit geltende Aussetzung des Familiennachzuges für Personen mit subsidiärem Schutz aufzuheben und unter gleichen Voraussetzungen den Nachzug ihrer Angehörigen zu ermöglichen wie Familienangehörigen von in Deutschland lebenden Flüchtlingen. Zudem setzt sich UNHCR für flexiblere und vereinfachte Familiennachzugsverfahren ein, die eine zügige Umsetzung des Rechts auf Familiennachzug ermöglichen. Schließlich plädiert UNHCR für einen großzügigeren Familienbegriff, der berücksichtigt, dass engste soziale Bindungen und Abhängigkeit von Unterstützung auch im erweiterten familiären Kreis bestehen können.

## **6. DAS EUROPÄISCHE ASYLSYSTEM SOLIDARISCH WEITERENTWICKELN**

Die Europäische Union war bislang nur wenig erfolgreich, gemeinsame und solidarische Lösungen für die Herausforderungen einer wachsenden Zahl von Schutzsuchenden zu finden. Umso mehr gilt es in den kommenden Jahren, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) neu auszurichten. Aus Sicht von UNHCR sollte das Hauptaugenmerk bei diesem Prozess auf effizienten und fairen Asylverfahren sowie innereuropäischer Solidarität und Verantwortungsteilung unter den Mitgliedsstaaten liegen. Zentrale Elemente sollten ein tragfähiger Verteilungsmechanismus sein sowie Anreize für Mitgliedstaaten und Asylsuchende zur Umsetzung eines neuen gemeinsamen Systems. Dazu gehört, dass Familienzusammenführung vorrangig behandelt wird.

In den Diskussionen über eine Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems werden auch Maßnahmen in Betracht gezogen, die in der Europäischen Union angekommene Schutzsuchende auf Schutzmöglichkeiten außerhalb der Mitgliedsstaaten verweisen. Dabei wird erwogen, die Voraussetzungen für die Verweisung auf Schutz außerhalb der Europäischen Union abzusenken. UNHCR unterstreicht, dass der Verweis schutzsuchender Personen an einen anderen Staat nur dann erfolgen kann, wenn dort effektiver Zugang zum Flüchtlingsschutz im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention besteht. Soweit das Konzept „sicherer Drittstaaten“ als Grundlage herangezogen werden soll, erfordert dies eine vernünftige Verbindung des Schutzsuchenden zu dem betreffenden Staat. Vereinbarungen mit Drittstaaten sollten stets Schutzmöglichkeiten verbessern, nicht Schutz einschränken. Daher sollten Überstellungen nur auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen erfolgen, die im Einklang mit internationalen und regionalen Standards stehen. Solche Vereinbarungen müssen die Rechte und Verpflichtungen der Asylbewerber sowie der beteiligten Staaten festlegen und dem Ziel der internationalen Verantwortungsteilung gerecht werden.

## 7. QUALITÄT DES ASYLVERFAHRENS SICHERSTELLEN

---

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte in den vergangenen Jahren große Zahlen von Asylanträgen zu bearbeiten und ist zu diesem Zweck personell sehr stark aufgestockt worden. Die hohen politischen Erwartungen an die zügige Erledigung der großen Zahlen anhängiger Verfahren haben zu einem Fokus auf quantitative Aspekte in der Organisation der Asylverfahren geführt. Es ist aus Sicht von UNHCR dringend erforderlich, Mechanismen zur Sicherung der Verfahrensqualität zu stärken. Dies sollte auf politischer Ebene als Ziel vorgegeben und unterstützt werden. Im Interesse von Verfahrenseffizienz sollten der Umsetzung eines umfassenden Systems des Qualitätsmanagements sowie grundlegenden Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Priorität eingeräumt werden.

Auch eine qualifizierte Beratung für Asylsuchende in einem frühen Stadium des Asylverfahrens sollte aus Sicht des UNHCR gezielt gefördert werden und dürfte gerade auch im staatlichen Interesse an einem effizienten Verfahren liegen. Gleichzeitig würde sie der Verfahrensfairness dienen, da den Schutzsuchenden häufig ohne eine entsprechende Beratung das Verständnis für die Erfordernisse des Asylverfahrens fehlt. Aus diesem Grund setzt sich UNHCR unter anderem für einen gesetzlich verankerten Anspruch auf kostenfreie, unabhängige und qualifizierte Verfahrens- und Rechtsberatung sowie die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel ein.

**UNHCR Deutschland**  
**März 2017**